

Montag, 25. März 2013 04:23 Uhr

URL: <http://www.allgemeine-zeitung.de/nachrichten/politik/rheinland-pfalz/12949130.htm>

Allgemeine Zeitung

RHEINLAND-PFALZ

„Ein Recht auf Nachtruhe“

25.03.2013 - BOPPARD

LÄRM Aktionsbündnis plant große Demo in Mainz am 27. April / Druck vor Bundestagswahl steigt

(lac). Flug- und Bahnlärmaktivitäten aus der gesamten Republik haben sich am vergangenen Wochenende in Boppard getroffen, um ihr weiteres Vorgehen zu koordinieren. Wenige Monate vor der Bundestagswahl will das Aktionsbündnis Verkehrslärm den Druck auf die Politik erhöhen. „Zentrale Botschaft des Treffens: Die Menschen haben einen Anspruch auf Nachtruhe“, sagte Frank Gross, Erster Vorsitzender von „Pro Rheintal“, dieser Zeitung. So decke das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen (23 bis 5 Uhr) gerade einmal ein Drittel der Betroffenen ab, betonte Gross. Er forderte einen Schutz in der Zeit von 22 bis 7 Uhr.

Hohe Kosten durch Lärm

An dem Treffen nahm auch der Bremer Mediziner und Forscher Eberhard Greiser teil. Er referierte über die gesundheitlichen Belastungen durch Lärm. So rechnet Greiser in den kommenden zehn Jahren mit 23 000 Erkrankungsfällen durch Lärm im Rhein-Main-Gebiet. Zudem seien 3 400 Todesfälle zu befürchten. Die Kosten für die Allgemeinheit beliefen sich schätzungsweise auf 1,6 Milliarden Euro. Nach Angaben des Forschers besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Fluglärm. Laut Gross stehen privatwirtschaftlicher Nutzen sowie gesundheitliche und soziale Folgen durch Lärm in keinem Verhältnis zueinander. Der Bahnlärm-Aktivist wirft der Politik vor, das Problem zu ignorieren.

Befragungsaktion geplant

Bis zur Bundestagswahl sind zahlreiche Aktionen geplant, unter anderem eine Demo in Mainz am 27. April. Initiativen gegen Bahnlärm und Fluglärmgegner wollen an jenem Tag gemeinsam auf die Straße gehen. Eine weitere Aktion: Parteien und Abgeordnete werden schriftlich befragt, mit welchem Wahlversprechen sie in Sachen Lärmentlastung antreten werden. Über die Ergebnisse der Befragung will das Aktionsbündnis berichten.

Gross fordert unter anderem die Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Dieses müsse an den aktuellen Stand von Technik und Forschung angepasst werden, damit die Bürger daraus einen Anspruch auf Schutz ableiten könnten. Wie der Vorsitzende von „Pro Rheintal“ sagte, seien Werte in der Nacht von ab 45 Dezibel, am Tag von mehr als 55 Dezibel

schädlich. Zur Frage einer Entlastungsstrecke für das Mittelrheintal sagte Gross, jetzt gehe es erst einmal um eine Entlastung der Menschen in der derzeitigen Situation. „Erst dann ist zu überlegen, wie die Verkehre geführt werden.“

© Verlagsgruppe Rhein-Main 2013

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Verlagsgruppe Rhein-Main